



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus – 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60
Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:
BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Michael von Poser

Geschäftsführer: K.H. Maierl
Wiesbaden, 24.01.2012

Pressemitteilung:

Privatisierung HSK

Die Geschichte mit den HSK ist ein typisches Beispiel für verfehlte Wiesbadener Kommunalpolitik. Die Verwaltung hat gezeigt, daß sie unfähig ist, ein so komplexes Unternehmen in Eigenregie zu führen. Über Jahre hat man einer offenbar ungeeigneten Geschäftsführung erlaubt, Defizite anzusammeln. Wenn wir gefordert haben, daß der Geschäftsführer ausgetauscht wird, wurde erklärt, in Bälde schreibe er schwarze Zahlen. Als die Lage schon mehr als dramatisch war, das Risiko der Insolvenz sich abzeichnete, bekam er noch einen Fünfjahresvertrag. Und obwohl die Verantwortlichen wußten, daß es nicht so weitergehen konnte, erklärten sie standhaft, die HSK würden in kommunaler Hand bleiben, vor der Wahl wohlgermerkt.

Gegen alle Beteuerungen wurde nach der Wahl sofort die Privatisierung angesteuert. Jetzt kann es gar nicht schnell genug gehen. CDU und SPD haben sich für einen strategischen Partner entschieden, bevor sie die Verträge einsehen konnten: die wurden erst am Montag, dem 23. Januar vorgelegt. Aus den Verträgen zitieren darf niemand, also eine fundierte öffentliche Debatte zum Inhalt wird es nicht geben, und auch keine Verbesserungen an dem Vertragswerk mit der Rhön Klinik. Am 9. Februar wird alles beschlossen, egal was die Opposition einwendet. Risiken der Privatisierung werden ausgeblendet.

Der strategische Partner wird als Retter begrüßt. Tatsächlich sind die HSK unter der Regie unserer Politiker in einen Zustand geraten, aus dem sie sich ohne Hilfe von außen gar nicht mehr befreien können. Täglich wachsen die Schulden, und es ist fraglich, ob die Stadt über ein gewisses Maß überhaupt noch zuschießen darf. Die Forderung, daß die Klinik durch den Steuerzahler entschuldet wird und ansonsten so weitermacht wie bisher, ist nicht nur weltfremd, sondern undurchführbar. Es war schon vor der Wahl unverantwortlich, den Erhalt der kommunalen Trägerschaft zu verlangen, ohne zugleich erfolgreiche Maßnahmen gegen den Niedergang zu ergreifen.

Wenn jetzt allerdings behauptet wird, die Kommune behalte gegenüber dem strategischen Partner die Oberhand, weil sie 51% der Anteile besitze, so ist das ebenso abwegig. Der strategische Partner verfügt über die Stimmenmehrheit im entscheidenden Gremium, der Gesellschafterversammlung, und wird sie bis zum Äußersten nutzen. Der Aufsichtsrat wird entmachtet zugunsten der Gesellschafterversammlung. Es mag ja sein, daß die Maximalversorgung gewährleistet bleibt, aber im übrigen wird die Stadt nicht mehr viel zu sagen haben, die HSK werden ein privates Unternehmen sein. Die Gewinne gehen, von einer Dividende abgesehen, in vollem Umfang an den strategischen Partner, mögliche Verluste übernimmt er in begrenztem Umfang. Die Stadt erhält die Option, noch weitere Anteile an die Rhön Klinik zu verkaufen, aber das würde kaum noch eine Rolle spielen. Der strategische Partner macht weitgehende Zugeständnisse im sozialen Bereich, keine betriebsbedingten Kündigungen bis Ende 2015. Aber es bleibt offen, was nach diesem Termin passiert.

Michael von Poser